

DER FACHBEREICH SOZIALPÄDAGOGIK ZWISCHEN REFORM- UND REALPOLITIK IN DEN 1970ER- UND 1980ER-JAHREN

Friedrich Stamp

Zusammenfassung | Der Beitrag beschreibt die Entwicklung des Fachbereichs Sozialpädagogik unter den Bedingungen einer verlangsamten Studienreform und Haushaltsnöten, die sich in Zulassungsbeschränkungen und Stellenstreichungen niederschlugen. Die problematische Studiensituation begünstigte in der Studentenschaft das Festhalten an ideologischen Positionen. In einem langfristigen Trend werden jedoch die gemeinsamen Interessen der Hochschulangehörigen im politischen Diskurs für eine Modernisierung des Studiums als gute Vorbereitung auf die Berufe in der Sozialen Arbeit deutlich.

Abstract | The article describes the development of the department of social pedagogy at the Hamburg University of Applied Sciences under circumstances of decelerated academic reforms and financial distress. These constraints led to admission restrictions and layoffs. The problematic situation fueled ideologic dogmatism among students. However, in the long run the mutual interests of the faculty and the students become visible in a political discourse which tured out as fundamental for a modernization of academic education for professional social work.

Schlüsselwörter ► Hochschule

- Professionalisierung
- Hamburg
- Soziale Arbeit
- historische Entwicklung

Die Gründung der Fachhochschule im Jahre 1970 kann man als folgerichtigen Schritt im Rahmen einer expansiven Bildungspolitik verstehen, die durch die Mobilisierung von ungenutzten Bildungsreserven die seit den Jahren des „Wirtschaftswunders“ gewachsene wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik absichern helfen sollte. Die wirtschaftlich starke Hansestadt bot Potenzial für eine leistungsfähige Hochschullandschaft. Eine Reihe höherer Fachschulen

wie das 1917 gegründete und über die Stadt hinaus bekannte Sozialpädagogische Institut erschienen als geeignetes Fundament für den Aufbau einer Fachhochschule.

In den Krisenjahren um die Mitte der 1960er-Jahre formierte sich eine außerparlamentarische Opposition in der jüngeren Generation, in der Studentenschaft der Universität Hamburg ebenso wie unter den Schülerinnen und Schülern der Gymnasien sowie der 1966/67 zusammengeführten Höheren Fachschule für Sozialpädagogik und dem Sozialpädagogischen Institut, aus denen am 1. April 1970 der Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg entstand (Crčić; Klinger 2012, S. 9). Zweifellos gingen von der Studentenbewegung emanzipatorische Einflüsse auf die Gesellschaft aus. In der akademischen Selbstverwaltung wurden demokratische Prinzipien verankert, so auch im Fachhochschulgesetz von 1970.¹ Doch schon 1968, nach der Eskalation der Gewalt auf Demonstrationen und der Auflösung des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds in linke Gruppierungen sollte die Bewegung ihren Höhepunkt überschritten haben.

Der Diskurs über linke Gesellschaftstheorien und Studieninhalte sowie emanzipatorische Ansätze in der sozialpädagogischen Theorie und Praxis wurde aber an deutschen Hochschulen in den 1970er- und noch bis in die 1980er-Jahre hinein mit Leidenschaft weitergeführt. In Nachbarschaft zur studentenbewegten Universität Hamburg, in den Räumen der ehemaligen Talmud Tora-Oberrealschule (Baße 1993), befand sich das von Gudula Theopold ab 1969 geleitete Sozialpädagogische Institut (Demme 1992, S. 44). Studierende der Erziehungswissenschaften nutzten das Sozialpädagogische Institut zeitweilig als Ausweichquartier. Hier tauschte man auch Erfahrungen im Konflikt mit den Hochschulleitungen und der Politik aus (Kalex 1992, S. 41). Zusammen mit Seefahrtsschülern veröffentlichten Studentinnen und Studenten des Fachbereichs Sozialpädagogik 1971 einen „Bericht zur Studienreform“, in der sie Ideen für ein Sozialpädagogikstudium in einer integrierten Gesamthochschule skizzierten. Wichtig erschien den Autorinnen und Autoren des Berichts die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Erziehungswissenschaft und der interdisziplinäre Austausch mit den Fachbereichen Philo-

¹ Gesetz über die Fachhochschule Hamburg. In: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil 1, Jahrgang 1970, S. 68 f.

sophie, Psychologie und Sozialwissenschaften sowie zum Teil auch mit den Fachbereichen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Über allem stand die Idee eines „selbstorganisierten Studiums“.²

Viele Entwürfe für eine inhaltliche Neugestaltung des Studiums am Fachbereich Sozialpädagogik wurden allerdings von der Diskussion praktischer Fragen der Studienorganisation oder von Grundsatzdebatten über die Wege zum Sozialismus überlagert. Wenn *Rolf Dalheimer* von einem holprigen Start der Fachhochschule spricht (*Dalheimer* 2010, S. 93), ist an die sich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu denken, die sich in der Haushaltslage der Hansestadt widerspiegelten. Das Tempo des Ausbaus der Fachhochschule wie auch des Fachbereichs Sozialpädagogik verlangsamte sich. Bis zur Mitte der 1970er-Jahre war der Fachbereich baulich provisorisch in dem genannten ehemaligen Schulgebäude am Grindelhof und in einem mehrere Kilometer davon entfernt gelegenen Bürogebäude am Karl-Muck-Platz untergebracht. Das Brahms Kontor genannte Gebäude, einst Sitz des 1934 aufgelösten Deutschen Handlungshelfen-Verbandes, befand sich seit 1956 im Besitz der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) (*Schilling* 2012, S. 25), die einen großen Teil des Gebäudes vermietete. Vielfach waren die Räume zu klein (*Solidarität* 1973). Für Lehrveranstaltungen im Bereich der pädagogischen Medien wie Tanz und Werken fehlte es gänzlich an Räumen (*Bürgerschaft* 1970, S. 4). Weil es keinen Mensabetrieb im Haus gab, waren die Studierenden zur Verpflegung auf Behördenkantinen angewiesen.³

Der Fachschaftrats forderte einen Neubau für den Fachbereich. Weil sich aber die DAG ihrerseits am Studienbetrieb und seinen Begleiterscheinungen wie den Geräuschpegel im Treppenhaus und unerlaubtem Plakatieren störte und den Mietvertrag kündigen wollte,⁴ verstärkte sich der Druck auf die Wissenschaftsbehörde. 1975 wurde mit dem ehemaligen Verwaltungsgebäude des Stahlbauunternehmens *Carl Spaeter* in der Saarlandstraße im Stadtteil Barm-

bek ein geeigneteres Mietobjekt gefunden (*Jahresbericht* 1974/1975, S. 75), das sich aus Sicht der Fachhochschule bewährte und später erworben wurde.

Nicht wenigen Zeitgenossen erschien auch dieser Gebäudekomplex als zu klein, denn auch die Studierendenzahlen stiegen, wenn auch die vom Wissenschaftssenator *Dieter Biallas* für 1977 prognostizierte Zahl von 1500 nie erreicht wurde.⁵ Nachdem sich die Ausbildungskapazität bis 1969 als ausreichend erwiesen hatte, bewarben sich 1971 bereits 646 junge Männer und Frauen auf die 175 Studienplätze in der grundständigen Form und auf die 75 Studienplätze für Aufbauform, die für Absolventinnen und Absolventen der Erzieherausbildung reserviert war. Der Senat führte den sprunghaften Anstieg der Studienbewerberszahlen auf das in der jungen Generation gewachsene „Interesse an sozialen Fragen“ zurück (*Bürgerschaft* 1970, S. 2). Ein Teil der Studierenden, der die Hürde des Numerus Clausus (NC) erfolgreich genommen hatte, organisierte für die im Frühjahr 1971 abgewiesenen Bewerberinnen und Bewerber ein Tutorienprogramm, um der Wissenschaftsbehörde zu beweisen, dass die Aufnahmefähigkeit des Fachbereichs noch nicht erschöpft war.⁶ Grundsätzlich waren sich die Studentenschaft und die Dozentenschaft im Ziel des Abbaus des NC einig. Im Interesse der Sicherung der Qualität der Ausbildung mochten allerdings die Lehrenden der Aufnahme weiterer Studierwilliger nicht zustimmen.⁷

Weil auch ein hoher gesellschaftlicher Bedarf an ausgebildeten Sozialpädagoginnen, Sozialpädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern bestand, stellte der Senat zum Wintersemester 1971/72 zusätzliche 100 Studienplätze bereit. Das Lehrpersonal, für das bis dahin 49 Planstellen vorgesehen waren, sollte um zehn Dozentenstellen aufgestockt werden. Die durchschnittliche wöchentliche Stundenbelastung der Dozentinnen und Dozenten, die vom Sozialpädagogischen Institut und von der Fachschule für Sozialpädagogik übernommen worden waren, wurde auf 23,5 Stunden geschätzt (*Bürgerschaft* 1970, S. 2 ff.). Auch weil einige Stellen nicht besetzt waren, dürfte die Arbeitsbelastung der Lehrenden sehr hoch gewesen sein.

⁵ fh-info Oktober 1974, S. 3

⁶ Hamburger Abendblatt vom 6./7.3.1971

⁷ Staatsarchiv Hamburg 361-5 III, Abl. 1990/3, Az. 31.06-61.2

Die Regelung der Zulassung zum Fachhochschulstudium sollte über Jahre ein kontrovers diskutiertes politisches Thema auf Kultusministerkonferenzen und in den Fachhochschulen bleiben. Für jedes Jahr – im Fachbereich Sozialpädagogik wurden schon bald Bewerberinnen und Bewerber nur im Sommersemester angenommen – legte der Senat die Zulassungszahlen fest. Beispielsweise konnten im Sommersemester 1973 200 Interessierte die grundständige Ausbildung der Sozialpädagogik beginnen. Vier Studienplätze sollten für Bewerberinnen und Bewerber aus dem Ausland reserviert bleiben. 121 Studienplätze waren an die Hochschulreife, Fachhochschulreife, eine andere anerkannte Vorbildung oder das Bestehen einer Aufnahmeprüfung geknüpft. Auf die verbleibenden 75 Studienplätze konnten sich Studierwillige bewerben, die die Vorbildung zum Besuch einer Höheren Fachschule erworben hatten.⁸ Um den NC zu überwinden, bedurfte es eines Zensurendurchschnitts von 1,5 (*Solidarität* 1973).

Die Zulassungszahlen in den Fachbereichen wurden behördlicherseits nach einem Kapazitätsermittlungsverfahren festgelegt. Seine Grundlage waren „die Zahl der Stellen für wissenschaftliches Personal, das Lehrdeputat [...], die Lehrauftragstunden [...], die Dienstleistungen der Fachbereiche untereinander, die Zahl der zur Verfügung stehenden Räume, die Zahl der Plätze in den einzelnen Räumen, die Studentenzahlen [...], die voraussichtliche Zahl der Abgänger“.⁹ Entsprechend der unterschiedlichen Sichtweisen gelangten das Hochschulamt und der durch seinen jeweiligen Sprecher vertretene Fachbereich Sozialpädagogik zu verschiedenen Ergebnissen bei der Berechnung der Aufnahmekapazität. Der Streit entzündete sich vor allem an der Frage der Curricularnormwerte, die grob gesagt die Betreuungsrelation der Dozentinnen und Dozenten zu den Studierenden beschrieben. Während die Kultusminister der Länder aus Einsparungsgesichtspunkten eine Senkung der Richtwerte anstrebten, befürchteten die Fachbereiche eine Verschlechterung der Ausbildung.

Als 1977 der Richtwert für den Fachbereich Sozialpädagogik drastisch gesenkt werden sollte, warnte dessen Sprecher, *Hans Jürgen Pagel*, vor den Konsequenzen: „65 % mehr Leistungen für dieselbe Arbeits-

zeit, 65 % mehr Studenten, 65 % mehr Prüfungen, 65 % mehr Probleme.“ Er rechnete mit einer Mehraufnahme von 130 Studierenden. Eine geringere Zahl musste die Streichung von Planstellen nach sich ziehen.¹⁰ In einem Überlastprogramm versuchte man im Fachbereich Sozialpädagogik in den Jahren 1977 bis 1979 ohne zusätzliche Personalkosten 140 zusätzliche Studienplätze zu schaffen (Jahresbericht 1976/1977, S. 40). Darüber hinaus konnte auch das Verwaltungsgericht nach Prüfung der Kapazität eine höhere Aufnahmequote bestimmen, so dass sich im Sommersemester 1981 statt der geplanten 244 nun 318 Studierende immatrikulieren durften.¹¹

In den 1980er-Jahren wurde die Abdeckung aller Lehrgebiete in den beiden Studienabschnitten des sechssemestrigen Studiums immer schwieriger. 1980 hatte das Hochschulamt mit der Fachhochschule die Verringerung der Lehrkapazität im Fachbereich Sozialpädagogik vereinbart. Auch wegen der unsicheren Zukunft des von Kürzungen betroffenen Fachbereichs konnten 1981 zwölf Planstellen nicht besetzt werden. 40 Prozent der Lehrveranstaltungen wurden über Lehraufträge abgewickelt.¹² Die didaktisch wichtige Kleingruppenarbeit musste eingeschränkt werden (*Jahresbericht* 1980/1981, S. 39).

1985 protestierte der Personalrat der Fachhochschule gegen die geplante Streichung von zehn Stellen am Fachbereich Sozialpädagogik, die der Subventionierung der Evangelischen Fachhochschule „Rauhes Haus“ dienen sollte.¹³ Der Fachbereichs-sprecher *Peter Kunkel* sprach sogar von 16 Professorenstellen, die binnen drei Jahren wegfallen sollten, und kritisierte die Umschichtung im Wissenschaftshaushalt zugunsten der technischen Fächer. Unter Hinweis auf das seit den 1970er-Jahren brennende Problem der Massenarbeitslosigkeit fragte er, ob die vom Wissenschaftssenator *Klaus Michel Meyer-Abich* „erhobene Forderung nach gesellschaftlicher Nützlichkeit von Studium, Lehre und Forschung [...] bestritten werden“ könne.¹⁴

¹⁰ Staatsarchiv Hamburg 361-5 III, Abl. 1991/3, Az. 54.48-7.1 Bd. 12

¹¹ Staatsarchiv Hamburg 361-5 III, Abl. 1991/3, Az. 54.48-7.1 Bd. 20

¹² Staatsarchiv Hamburg 361-5 II, Abl. 1992/2, Az. 12-55.8 Bd. 2

¹³ fh-info Januar 1985, S. 8

¹⁴ fh-info April 1985, S. 11 f.

⁸ Ordnung über die Höchstzahlen für die Zulassung zur Fachhochschule Hamburg: In: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil 1, Jahrgang 1973, S. 16

⁹ Staatsarchiv Hamburg 361-9, Nr. 6209

Unterstützung erhielten die Lehrenden – die Dozentinnen und Dozenten durften seit 1978 einen Professorentitel tragen (Schambach 2010, S. 67) – aus Teilen der Studentenschaft, die beispielsweise im Besetzungstreik von 1987 zehn zusätzliche Professorenstellen gefordert und sich vielleicht auch eine verstärkte Beziehungsdichte zwischen Studierenden und Lehrenden gewünscht hatte (Kunkel 1992, S. 50). Umgekehrt hatten auch viele Professorinnen und Professoren des Fachbereichs den AstA der Fachhochschule beziehungsweise den studentischen Fachschaftsrat mehrfach in den Forderungen nach einer bedarfsgerechten Studienförderung, besseren Studienbedingungen und der verfassten Studentenschaft mit einem politischen Mandat unterstützt.

Die Studierenden an der Fachhochschule stammten größtenteils aus der Mittel- und Unterschicht.¹⁵ 1971 beantragten über 3 000 Fachhochschüler und -schülerinnen Studienförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) (*Studentenwerk Hamburg* 1972, S. 20). Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung für die Jahre 1978 und 1979 kam zu dem Schluss, dass die BAFöG-Unterstützung nicht ausreichend war (Fischer u.a. 1979, S. V). 1987 erhielten nur noch 43 Prozent der Studierenden am Fachbereich BAFöG, das seit 1983 ohnehin nur noch als Vollدارlehen gewährt wurde. Viele Studierende der Sozialpädagogik mussten sowohl im Semester als auch in den Semesterferien arbeiten (Treber; Hagen 1988, S. 21 und *Jahresbericht* 1982/1983, S. 2), um ihren Lebensunterhalt bestreiten und die steigenden Mieten bezahlen zu können. Der Dozent Peter Kunkel zeigte sowohl Verständnis für die soziale Lage in der Studentenschaft als auch für die Beunruhigung angesichts der geplanten Regelstudienzeiten.¹⁶ Allen Hochschulangehörigen musste an Studien- und Prüfungsordnungen gelegen sein, die den Absolventinnen und Absolventen Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffneten. Ein wichtiger Schritt war der Erlass der „Vorläufigen Ordnung der staatlichen Zwischen- und Diplomprüfung im Studiengang Sozialpädagogik“ im Jahre 1983, mit der die aus den 1960er-Jahren stammenden Ausbildungs- und Prüfungsbestimmungen ersetzt wurden.¹⁷

¹⁵ Hamburger Abendblatt vom 5.3.1979

¹⁶ Staatsarchiv Hamburg 136-3, Nr. 143

¹⁷ Staatsarchiv Hamburg 361-5 III, Abl. 2002/1, Az. 54.48-7/1, Bd. 24 und Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1983, S. 51 f.

Große Einigkeit bestand im Fachbereich bezüglich der Unverzichtbarkeit des Berufspraktikums und dessen Verknüpfung mit der theoretischen Ausbildung im Studium, denn dies verbürgte die in der beruflichen Praxis benötigte Qualifikation. Auf die staatliche Prüfung und Graduierung folgte im vierten Ausbildungsjahr ein Berufspraktikum, das in den Händen des Fachbereichs und der Praxisstelle lag. Die Anerkennung erfolgte nach Vorlage eines sogenannten Bewährungsberichts.¹⁸ Als 1975 Überlegungen bekannt wurden, das Berufspraktikum zu streichen oder unter die alleinige Aufsicht der Fachbehörden als Anstellungsträger zu stellen, trugen die Studierenden des Fachbereichs zusammen mit den Kommilitoninnen und Kommilitonen der Evangelischen Fachhochschule ihren Protest auf die Straße.¹⁹

Unterstützung fanden die um die Qualität der Ausbildung und ihre Berufsaussichten besorgten Studierenden im Fachhochschulsenat und Fachbereichsrat, der sich entschieden gegen das Modell eines sechssemestrigen Kurzstudiums aussprach und in Übereinstimmung mit den meisten Fachleuten aus der Wissenschaft wie der sozialpädagogischen Praxis die Einführung einer achtsemestrigen einphasigen Ausbildung empfahl. Darüber hinaus plädierte der Fachbereichsrat dafür, die Berufspraktikantinnen und -praktikanten rechtlich als Studierende auszuweisen.²⁰ Die Erklärung der SPD-Bürgerschaftsfraktion, das Berufspraktikum für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen beibehalten zu wollen,²¹ sollte Spekulationen beenden. An der zweiphasigen Ausbildung wollte man im Senat und der Wissenschaftsbehörde weiter festhalten. Sorgen bereiteten weiter die begrenzte Zahl von Praktikumsstellen für das Anerkennungsjahr. Einen Anspruch auf eine Praktikumsstelle gab es jedoch „nur im Rahmen des vorhandenen Stellenplans“.²²

¹⁸ Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS-Archiv): Mappe Fachhochschule. Dringende Information zum Streik vom 22.5.1975

¹⁹ Staatsarchiv Hamburg 136-3, Nr. 660

²⁰ fh-info Mai 1975, S. 3 und Jahresbericht 1974/1975, S. 104

²¹ Hamburger Lehrerzeitung 1975, Heft 16, S. 739

²² Staatsarchiv Hamburg 361-5 III, Abl. 1989, Az. 70.05-10, Bd. 1

Die beanspruchende Tätigkeit im Berufspraktikum wurde mit 75 Prozent des Gehalts der Tarifgehaltsguppe für Sozialarbeiter entgolten. Als sich die Tarifpartner 1977 auf eine Senkung des Entgelts auf 66,6 Prozent einigten, um für die Anstellungsträger die Anreize zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu erhöhen, reagierte der Fachschaftsrat mit einer Protesterklärung. In einem Flugblatt an die Bevölkerung hieß es: „Können Sie eine Familie von 800 DM ernähren? Wir nicht!“ In der nächsten Tarifrunde verständigten sich die Gewerkschaften darauf, einer weiteren Abkopplung der Praktikumsvergütung von der Einkommensentwicklung nicht mehr zustimmen zu wollen.²³

Noch grundsätzlicher diskutiert wurden die aufgrund des Radikalenerlasses von 1972 erfolgten Ablehnungen von Bewerbungen auf Praktikumsstellen, hatten die Behörden doch quasi ein Ausbildungsmonopol. Als die Arbeits- und Sozialbehörde Anfang 1975 drei Bewerberinnen und Bewerber wegen deren Mitgliedschaft im Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) beziehungsweise in der Deutschen Kommunistischen Partei nicht zur Ausbildung im Berufspraktikum im Projekt Steilshoop annehmen wollte, kritisierte auch der Fachbereichssprecher *Hans-Joachim Giller* diese sehr weitgehende Berufsverbotspraxis. Seiner Ansicht nach konnten „politische Aktivitäten in einer zugelassenen Partei [...] nicht Anlass und Grund für eine wie auch immer geartete Einschränkung des Grundrechts auf Ausbildung sein“.²⁴ Über den Fachbereich hinaus engagierte sich die Fachhochschuldozentin *Ingrid Kurz* gegen die Berufsverbote und konnte dabei auch auf die Rücknahme von Ausbildungsverböten in der Hansestadt verweisen.²⁵ 1978 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft, die auch aus den Reihen der SPD und der Gewerkschaften stark kritisierte Überprüfungspraxis aufzugeben (*Pelc* 2002, S. 176).

Manchem Beobachter mag der Fachbereich Sozialpädagogik als „rechtsfreier Raum“ erschienen sein, in dem linke Gruppierungen Hochschullehrerinnen und -lehrer einschüchterten. Auch der Fachhochschulpräsident *Rolf Dalheimer* empfand eine aggressive Stimmung im Fachbereich und spricht in seiner Erin-

nerung von einer destruktiv eingestellten „Weg-Mit-Generation“ (*Die Welt* vom 8.2.1978. In: fh-info April 1978, S.12 und *Dalheimer* 1992, S.14). Genau genommen handelte es sich um wenige Dutzend aktive Mitglieder konkurrierender linker Studentengruppen, die die Meinungsführerschaft am Fachbereich für sich beanspruchten, auf Vollversammlungen Resolutionen gegen die Bildungspolitik des Senats zur Abstimmung stellten, für den Fachschaftsrat kandidierten und zu Vorlesungsboykotts aufriefen.

Tatsächlich vorhandene gesellschaftliche Probleme wie die steigende Arbeitslosigkeit, die prekäre Lage der wachsenden Klientel Sozialer Arbeit oder die schwierigen Studienbedingungen ordneten die Anhänger des MSB, des Sozialistischen Studentenbunds (SSB) und der Sozialistischen Studentengruppe (SSG) in ihr marxistisch-leninistisches Weltbild ein. Dabei sprachen der MSB und die im Sozialistischen Hochschulbund organisierten linken Sozialdemokraten die Studierenden als Teil der werktätigen Bevölkerung an, die zusammen mit der Arbeitnehmerschaft im gewerkschaftlichen Kampf der vermeintlich unter dem Einfluss des „Monopolkapitals“ stehenden Politik der Bundesregierung wie des Hamburger Senats entgegenzutreten sollten.²⁶ Soziale Arbeit im Kapitalismus wurde verächtlich als „Caritas“ bezeichnet.²⁷ „Sozialarbeiter und Sozialpädagogen müssen sich mit ihren Adressaten solidarisieren“,²⁸ forderte der MSB und sprach zudem von „der Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Professoren“ am Fachbereich.²⁹ Andere Professoren wurden wie *Eckart Steinborn* als wenig fortschrittlich etikettiert oder wie *Manfred Hermanns* als Reaktionär boykottiert.³⁰ Steinborn war ein von vielen Beschäftigten geschätzter Personalratsvorsitzender (*Dargel* 1990, S. 103). *Hermanns* gehörte als Vertreter der katholischen Soziallehre in den 1970er- und 1980er-Jahren zu einer Minderheit am Fachbereich.

Die linken Gruppen repräsentierten aber keineswegs die Mehrheit der Studentenschaft, für die das Studium nicht mehr das Wichtigste und Hochschul-

26 Staatsarchiv Hamburg 136-3, Nr. 279

27 Staatsarchiv Hamburg 136-3, Nr. 645

28 Staatsarchiv Hamburg 136-3, Nr. 585

29 Archiv des Departments Soziale Arbeit: Materialien von Andrea Krieger. Liste aktive Fachschafter/innen MSB + Nichtorganisierte: Aufbruch statt Abbruch, 1987

30 Staatsarchiv Hamburg 361-5 III, Abl. 1991/3, Az. 52.08-4/1 Bd. 1 und 136-3, Nr. 662

23 Staatsarchiv Hamburg 136-1, Nr. 1688 und Archiv des Departments Soziale Arbeit: Ordner Fotos. Wandzeitung der ÖTV-Gruppe am Fachbereich Sozialpädagogik, März 1978

24 Staatsarchiv Hamburg 136-3, Nr. 337

25 Staatsarchiv Hamburg 364-15/1, Nr. 566

politik zunehmend uninteressant war. Mit der wachsenden Bedeutung postmaterialistischer Einstellungen verlagerte sich das Engagement der Studierenden auf die Mitarbeit in Umwelt- und Friedensgruppen sowie Stadtteilinitiativen (Schütte 1992, S. 9 und Treber; Hagen 1988, S. 33 f.). Ein Teil der Linken, unter ihnen auch die zehn bis zwölf Mitglieder der SSB-Frauengruppe am Fachbereich, sah in einem „Bündnis mit Basisbewegungen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen einen Ausgangspunkt, um aus der Isolation der Hochschulbewegung herauszukommen“.³¹ Nach dem Achtungserfolg dieses unter „Bunte Liste“ firmierenden Bündnisses in der Bürgerschaftswahl 1978, der dadurch initiierten Gründung der Grün-Alternativen Liste (GAL) und deren Einzug ins Landesparlament im Jahre 1982 entwickelten sich die Grünen auch in den Studentenparlamentswahlen 1983 als „Senkrechtstarter“.³² Am Fachbereich Sozialpädagogik erhielten die GAL 216, der MSB 132 und die Jusos 41 Stimmen.³³ 1986/87 gehörte die am Fachbereich lehrende Erziehungswissenschaftlerin *Eva Brandes* der grün-alternativen Bürgerschaftsfraktion an. Sie arbeitete auch in der „Gemeinsamen Kommission Frauenstudien und Frauenforschung“ der Fachhochschule, Universität Hamburg und der Hochschule für Wirtschaft und Politik mit, die von der Rechtswissenschaftlerin *Verena Feser* geleitet wurde (Grolle; Bake 1995, S. 325 und fh-info November 1987, S. 4).

Als im November 1988 eine Gruppe des Leningrader Friedenskomitees den Fachbereich Sozialpädagogik besuchte und über Glasnost und Perestroika in ihrer Heimat berichtete,³⁴ wurde offensichtlich, dass die von der Studentenbewegung in den späten 1960er-Jahren auf die Agenda gesetzte Systemfrage nicht mehr in die neue Zeit passte. Neue Formen sozialer Ungleichheit im wiedervereinten Deutschland spiegeln sich seitdem in Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit und bleiben notwendigerweise Gegenstand kontrovers geführter Diskussionen.

Dr. Friedrich Stamp ist freiberuflich tätiger Historiker. E-Mail: friedrich.stamp@web.de

31 Staatsarchiv Hamburg 136-3, Nr. 663

32 fh-info Juli 1983, S. 1

33 Archiv des Departments Soziale Arbeit: Materialien von Andrea Krieger. Studentenparlamentswahlen Sommersemester 1983

34 fh-info Januar 1989, S. 18 f.

Quellen

Archiv des Departments Soziale Arbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaft Hamburg: Materialien von Andrea Krieger

▲ Liste aktive Fachschaffter/innen MSB + Nichtorganisierte: Aufbruch statt Abbruch, 1987

▲ Studentenparlamentswahlen Sommersemester 1983

▲ Ordner: Fotos. Wandzeitung der ÖTV-Gruppe am Fachbereich Sozialpädagogik, März 1978

Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS-Archiv): Mappe Fachhochschule

Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt. Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Staatsarchiv Hamburg (StAH):

136-1 (Innenbehörde), Nr. 1688. Fachschaftsrat der Fachhochschule für Sozialpädagogik, Protesterklärung an die Hamburgische Bürgerschaft vom 6.4.1977

136-3 (Landesamt für Verfassungsschutz), Nr. 143. Peter Kunkel: Positionspapier zum Fragenkatalog des Studentenparlaments vom 8.12.1975

136-3, Nr. 279. DKP-Hochschulgruppe: Jahreshauptversammlung am 18.3.1972. Gewerkschaftsarbeit am Fachbereich Sozialpädagogik

136-3, Nr. 337. Information der DKP-Fachhochschulgruppe, 1975

136-3, Nr. 585. Vorschlag des MSB für ein Aktionsprogramm des Studentenparlaments, 1975

136-3, Nr. 645. Fachbereichs-Kurier Extra vom 10.3.1975

136-3, Nr. 660. Flugblatt des Fachschaftsrats Sozialpädagogik vom 9.6.1975

136-3, Nr. 662. „Demokratischer Kampf“ vom 10.5.1977

136-3, Nr. 663. SSB-Frauengruppe vom 15.1.1978 und Bunte Liste, Plattform des Hochschulbereichs, 9.5.1978

361-5 III (Hochschulwesen III), Abl. 1989, Az. 70.05-10, Bd. 1. Hochschulamt an den Fachbereich Sozialpädagogik vom 24.1.1975

361-5 III, Abl. 1990/3, Az. 31.06-6/1 Bd. 2

▲ Fachbereich Sozialpädagogik an den Präses der Behörde für Wissenschaft und Kunst vom 26.4.1971

▲ Hamburger Abendblatt vom 6./7.3.1971

361-5 III, Abl. 1991/3, Az. 52.01-15 Bd. 1. Aufstellung der Kantinen vom 5.12.1973

361-5 III, Abl. 1991/3, Az. 52.08-4/1 Bd. 1. Fachschaftsrats-Info Nr. 25 vom 18.6.1973

361-5 III, Abl. 1991/3, Az. 54.48-7.1 Bd.12. Vermerk vom 21.1.1977 und Fachbereich Sozialpädagogik an den Präsidenten der Fachhochschule, die ÖTV, GEW und verschiedene Behörden vom 16.2.1977

361-5 III, Abl. 1991/3, Az. 54.48-7.1 Bd. 20. Vermerk des Hochschulamts vom 3.11.1981

361-5 II, Abl. 1992/2, Az. 12-55.8 Bd. 2. Vermerk des Hochschulamts vom 29.09.1980 und Präsident der Fachhochschule Hamburg an den Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung vom 2.2.1981

361-5 III, Abl. 2002/1, Az. 54.48-7/1, Bd. 24. Vermerk des Hochschulamts vom 21.3.1985

361-9 (Schulbehörde), Nr. 6209. Senatsdrucksache vom 17.7.1973

364-15/1 (AStA der Universität Hamburg), Nr. 566. Kurz, Ingrid; Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ (Hrsg.): Die aktuelle Situation nach dem Scheitern des Sondergesetzes, Hamburg 1976

Pressearchiv der Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, Standort Hamburg:
Signatur A 9 k 1 1

Literatur

Baße, Sylvia: Talmud Tora-Schule. Mehr als ein Gebäude. Hamburg 1993

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Register zu den Drucksachen, VII. Wahlperiode, 1970, 5. Band. Hamburg 1970

Crčić, Laura; Klinger, Lisa-Marie: Ein Spaziergang durch die Ausbildungsgeschichte der Sozialen Arbeit in Hamburg. Vom „Sozipä“ bis zum Department Soziale Arbeit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. Hamburg 2012

Dalheimer, Rolf: Grußwort anlässlich des Jubiläums „75 Jahre Sozialarbeiter-Ausbildung in Hamburg“. In: standunkt: sozial. Hamburger Forum für soziale Arbeit 3/1992, S. 14-16

Dalheimer, Rolf: „Auf lange Sicht läuft es so, wie ich es mir vorstelle.“ In: Der Präsident der HAW Hamburg (Hrsg.): 1970-2010. HAW Hamburg. Wissen fürs Leben. Hamburg 2010, S. 93-95

Dargel, Wolfram: Zum Ausscheiden von Eckart Steinborn. In: standunkt: sozial. Hamburger Forum für soziale Arbeit 3/1990, S. 103

Demme, Dagmar: Gudula Theopold. In: standpunkt: sozial. Hamburger Forum für soziale Arbeit 3/1992, S. 44 f.

Fischer, Hasko u.a.: Zur sozialen und Studiensituation der Studenten der Fachhochschule Hamburg. Hamburg 1979

Grolle, Inge; Bake, Rita: „Ich habe Jonglieren mit drei Bällen geübt.“ Frauen in der Hamburgischen Bürgerschaft 1946 bis 1993. Hamburg 1995

Jahresbericht des Präsidenten der Fachhochschule Hamburg 1974/1975. Hamburg 1977

Jahresbericht des Präsidenten der Fachhochschule Hamburg 1976/1977. Hamburg 1978

Jahresbericht des Präsidenten der Fachhochschule Hamburg 1980/1981. Hamburg 1982

Jahresbericht des Präsidenten der Fachhochschule Hamburg 1982/1983. Hamburg 1984

Kalex, Willi: Die letzten Jahre des Sozialpädagogischen Instituts. Sorge - Rivalität - Ferment. In: standunkt: sozial. Hamburger Forum für soziale Arbeit 3/1992, S. 41-45

Kunkel, Peter: Alles neu – durch die Gründung der FH im Jahre 1970? In: standpunkt: sozial. Hamburger Forum für soziale Arbeit 3/1992, S. 46-54, Hamburger Lehrerzeitung 16/1975

Pelc, Ortwin: Hamburg. Die Stadt im 20. Jahrhundert. Hamburg 2002

Schambach, Sigrid: Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften und ihre Vorläufer von 1945 bis heute – ein Überblick. In: Der Präsident der HAW Hamburg (Hrsg.):

1970-2010. HAW Hamburg. Wissen fürs Leben. Hamburg 2010, S. 29-85

Schilling, Jörg: Brahms Kontor. Hamburg 2012

Schütte, Wolfgang: Blick zurück nach vorn. In: Standunkt: sozial. Hamburger Forum für soziale Arbeit 3/1992, S. 7-9

Solidarität. Zeitung des Sozialistischen Studentenbunds Hamburg. Hamburg 1973

Studentenwerk Hamburg, Bericht des Vorstandes über das Wirtschaftsjahr 1971. Hamburg 1972

Treber, Dietrich; Hagen, Friederike von dem: Studium in der Krise. SozialpädagogikstudentInnen heute. Hamburg ohne Jahr (ca. 1988)